

Beschluss

## **Keinen Fußbreit den RevisionistInnen – für eine lebendige und bunte Demokratie in einem gemeinsamen Europa!**

Die Wahlergebnisse der rechtskonservativen Alternative für Deutschland (AfD) bei der Europawahl, bei Kommunalwahlen sowie bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sind ein Weckruf für alle Demokratinnen und Demokraten, die ein Zurück in die dunklen Zeiten eines chauvinistischen und diskriminierenden Nationalismus verhindern wollen. Es ist auch und gerade das Versäumnis von CDU/CSU und SPD, dass die teils rassistischen und nationalistischen Parolen der AfD bei so vielen Menschen verfangen haben. Die großen Parteien haben es versäumt, ihre Europapolitik zu erklären und so vielen Menschen Ängste und Sorgen zu nehmen, an die die AfD nun anknüpfen kann. Mit ihrer Weigerung, sich klar und lautstark von gefährlichen Vorurteilen gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden sowie gegenüber der Europäischen Union zu distanzieren, haben die sie stattdessen den Boden bereitet, auf dem sich nun eine radikal revisionistische Partei etabliert. Sie haben diese Vorurteile teilweise sogar selbst bedient und vorhandene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit öffentlich legitimiert und verstärkt. Spätestens jetzt braucht es eine Kehrtwende, um einen gesellschaftlichen Rollback hin zu Wohlstandschauvinismus, Rassismus, Homophobie, Antifeminismus und nationaler Abschottung in Deutschland zu verhindern. Wir Grüne rufen alle Parteien dazu auf, sich dieser Bedrohung entschlossen entgegen zu stellen und mit uns gemeinsam für eine lebendige und bunte Demokratie in einem gemeinsamen Europa zu streiten. Dabei wollen wir die Sorgen, Ängste und Fragen in der Bevölkerung – etwa in punkto Demokratieentfremdung und sozialer Ungerechtigkeiten – nicht diskreditieren, sondern sie aufgreifen und demokratisch beantworten.

Zahlreiche Mitglieder und sogar gewählte Abgeordnete der AfD sind einschlägig bekannte Rechtsextreme, deren Ziel es ist, die Emanzipation und Bestärkung des oder der Einzelnen durch eine kollektivistische und völkische Abgrenzung von anderen zu ersetzen. Auch antisemitische Töne sind in der AfD wahrnehmbar. Das Gesellschaftsbild der AfD ist rückwärtsgewandt: Ihre VertreterInnen fordern etwa die „Dreikindfamilie“ und das Verbot von Abtreibungen. Die AfD betreibt unter dem Vorwand der Verhinderung des demografischen Wandels eine frauen- und familienpolitische Reise in die Vergangenheit. Mit ihrer reaktionären Rhetorik leistet die AfD gleichstellungsfeindlichen Kräften Vorschub. So wird „Gender Mainstreaming“ zu einer bösen von fremden Mächten gesteuerten Verschwörung erklärt, die der vermeintlich natürlichen Ordnung entgegenstehe. Dieses unzeitgemäße Gesellschaftsbild der AfD widerspricht dem staatlichen Auftrag der Geschlechtergleichstellung sowie den vielfältigen, unterschiedlichen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten in unserer Gesellschaft. Wir Grüne kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der niemand auf Grund der eigenen Herkunft, sexuellen Orientierung, Religion oder des Geschlechts diskriminiert wird. Wir stehen für eine bunte Gesellschaft, die Vielfalt wertschätzt und verteidigt. Eine Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt leben und lieben darf.

Das Demokratieverständnis der AfD ist selektiv: Grund- und Menschenrechte sowie die Mitbestimmung von Minderheiten und Andersdenkenden wollen sie einschränken, die Gestaltung einer europäischen und internationalen Öffentlichkeit und Demokratie wollen sie verhindern. Vehement leugnen sie die Tatsache, dass Problemen wie dem Klimawandel, der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Folgen ungehemmter Globalisierung und Digitalisierung nicht mehr allein durch nationale Regeln begegnet werden kann. Das Ergebnis einer solchen Politik wären Stillstand, Abschottung und der Verlust von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Menschen. Wir Grüne laden alle Parteien dazu ein, sich einer solchen Ideologie deutlich entgegenzustellen: Keinen Fußbreit den RevisionistInnen! Mit der AfD gibt es in Deutschland erstmalig eine Partei, die Potenzial aus der Ablehnung des Euro und eines solidarischen Europas schöpft. Unsere Grüne Antwort darauf ist: Wir Grüne werden umso mutiger für gemeinsame europäische Lösungen und weitere Schritte hin zu einem starken und geeinten Europa kämpfen. Wir bekennen uns zu einem weltoffenen und sozialen Europa, das sich nicht in seine Grenzen einmauert und ein Leben in Würde für alle ermöglicht.

Die AfD grenzt sich nicht deutlich genug von der menschenfeindlichen Hetze rechtsextremer Parteien wie der NPD ab. Während der vergangenen Wahlkämpfe wurden seitens der AfD fast wortgleich die Plakatsprüche der NPD genutzt, etwa wenn es um die Polemisierung gegenüber MigrantInnen ging. Die steigenden Flüchtlingszahlen aus den Krisenherden dieser Welt nutzt die AfD, um die Menschen zur Entsolidarisierung aufzurufen und die Einwanderung als Ursache für alle Probleme darzustellen. Wir werden uns auch auf kommunaler Ebene offensiv der oftmals ausgrenzenden Politik der AfD entgegenstellen. Bereits heute agiert die AfD in den Kommunalparlamenten offen an der Seite der rechtsextremistischen NPD und anderer rechtsextremer Parteien. Für uns ist klar: Wer sich hier nicht klar positioniert, wer sich nicht eindeutig von Rechtsextremen distanziert, der macht sich gemein mit deren menschenverachtenden und ausgrenzenden Parolen.

Diese AfD ist eine Bedrohung für die freiheitliche und lebendige Demokratie, die wir verteidigen wollen. Deshalb setzen wir uns aktiv mit den menschenverachtenden Tendenzen der AfD in den Parlamenten in Brüssel, Erfurt, Dresden und Potsdam sowie in den Kommunen auseinander und werden insbesondere mit Blick auf die anstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen über die Hintergründe ihrer Parolen und der ihnen zugrundeliegenden Ideologie der Ungleichheit aufklären. Wir wollen die Menschen, die die AfD gewählt haben oder mit ihr sympathisieren, ansprechen. Es gilt, mit nachvollziehbaren Argumenten über echte Alternativen zu streiten und so zur Mitwirkung zu ermutigen. Wir wollen aber auch die Verbindungen von AfD-Mitgliedern zu rechtsextremen, menschenfeindlichen und „identitären“ Gruppen bzw. Bewegungen hinterfragen und Strategien gegen einen unkritischen Umgang mit ihren Aussagen und Handlungen erarbeiten. Als Grüne haben wir bereits früh eine eigene Rechtsextremismus-Kommission eingerichtet und arbeiten auch im Zusammenhang der Europäischen Grünen Partei an einem offensiven Umgang mit dem Treiben der extremen und nationalistischen Rechten überall in Europa. Dazu werden wir uns aktiv an einer entsprechenden EGP-Arbeitsgruppe beteiligen, die im Rahmen des europäischen Parteitags in Istanbul ihre Arbeit aufgenommen hat. Für uns Grüne ist klar: Wer nicht will, dass die Gesellschaft rechts abrutscht, darf die Anfänge von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Entwicklungen nicht klein reden, sondern muss sich entschieden dagegen stellen und zur Verteidigung von Freiheit, Menschenrechten und Mitbestimmung für alle Teile der Gesellschaft aufrufen!